

die Dekreten mit Reulenschlägen angriffen, ist wohl selbstverständlich.

In dieser Stelle erübrigt nur, unter dem feischen Eindruck dieser denkwürdigen Sitzung deren Hauptergebnisse zusammenzufassen. Vor allem, und ganz abgesehen von dem nächsten Ergebnis, ist es nicht hoch genug anzuschlagen, daß der deutsche Reichstag sein gutes Recht, auch über die auswärtige Politik zu interpellieren und mitzureden, endlich zur Ausführung gebracht hat. Jetzt, wo die Hülse geladene ist, wird und muß dieser kein parlamentarischen Wirkens sich mehr und mehr entwickeln, bis aus dem bloßen „Mitreten“ der maßgebende Einfluß wird, der den Vertretern eines großen und gebildeten Volkes auch in den Fragen der äußeren Politik geziemt. Inhaltlich aber hat die gestrige Interpellation, wie uns scheint, zwei hoch bedeutsame und erfreuliche Resultate ergeben. Erstens, daß der anerkannt erste Diplomat Europas die Einigung der Mächte auf der nunmehr gesicherten Konferenz für sehr wahrscheinlich hält und den mächtigen Einfluß Deutschlands für die Beschleunigung des Friedenswerkes einsehen wird. Und zweitens — was uns noch höher steht, als der augenblickliche Friede — daß es ein Irrthum ist, Deutschland im engsten Bündniß mit Rußland gegen das übrige Europa zu glauben; daß unser Reich vielmehr in der orientalischen Frage wesentlich auf Seiten Oesterreichs und Englands steht und keineswegs dazu beitragen wird, die slavische Uebermacht zu begünstigen. Die Orient-Interpellation vom 19. Februar bedeutet den einmüthigen Protest von Deutschlands Volk und Regierung gegen die drohenden Uebergriffe Rußlands!

Deutschland.

Berlin, 20. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bespricht Bismarcks gestrige Rede. Sie sagt: Vergeblich wird auch der engherzigste Parteigeist darin eine Abweicheung von der Linie zu entdecken sich bemühen, welche die deutsche Politik gegenüber den Orientereignissen bis jetzt festgehalten hat und welcher das deutsche Volk ebensoviel die Erhaltung des Friedens für sich verdankt, als dieselbe in entscheidender Weise bewirkt, daß der Kampf des südböhmischen Europas ein lokaler geblieben ist und hoffentlich diesen Charakter auch bewahren wird. — Die „Kreuzzeitung“ konstatiert den erfreulichen und beruhigenden Eindruck der Bismarckschen Rede. — Die „Post“ hebt hervor, Fürst Bismarck untersuchte die Wahrscheinlichkeit eines Krieges und verneinte sie. Fürst Bismarck habe das Thema von der Neutralität Deutschlands in seiner Rede in einer Weise vertieft, die es für Generationen deutscher Politiker zum Kanon erheben wird.

Nach einer Verfügung des Kaiserl. General-Telegraphen-Amtes sind Wortzusammenziehungen, namentlich in Handelskreisen, lediglich zum Gebrauche in Telegrammen gebildet werden, als allgemein sprachgebräuchlich nicht anzuerkennen, wenn auch derartige Wortbildungen von einigen Telegraphen-Anstalten eine Zeit lang als je ein Wort torjirt worden sind. Da nun im kaufmännischen Verkehr die Neigung zu neuen, nicht in den allgemeinen Sprachgebrauch übergehenden — augenscheinlich nur die Umgehung der Tarifbestimmungen bezweckenden — Wortbildungen in immer größerem Umfange hervortritt, so hat das Kaiserliche Telegraphen-Amte bestimmt, daß der Abweyr dieses Mißstandes bei der Annahme von Telegrammen die volle Aufmerksamkeit zugewendet werde. Beispielsweise sei als Anhalt für die Taxirung der vorbemerkten Wortzusammenziehungen bemerkt, daß Ausdrücke wie: „Januarclarirung, Locopetrol, Februarlegler“ bei der Annahme unbedenklich für je 2 Worte zu berechnen sind.

Ein Correspondent der Augsburger „Allg. Ztg.“ schildert die Stimmung der mohamedanischen Bevölkerung am afrikanischen Gestade des Mittelmeeres und bemerkt: Nie zeigte sich deutlicher die Solidarität der Moslems in ihren Gefühlen, als in diesem Augenblicke durch den niederschmetternden Eindruck, welchen die jüngsten Nachrichten aus Stambul hervorgebracht haben. Von der Wirkung, welche eine russische Oberherrschaft über die Türkei in der mohamedanischen Welt hervorbringen wird, scheint man sich in Europa keine klare Vorstellung zu machen, so wenig wie von den Gefahren, welche aus dieser Wirkung entspringen werden. Ein mir befreundeter moslimischer Gelehrter, der von europäischer Cultur völlig unbedeckt ist und seine ganze Bildung nur aus arabischen Quellen geschöpft hat, sagte mir unlängst: „Es ist Allahs Wille — und hierbei hob er den Finger empor — daß die Moslems in Stambul herrschen; es ist aber auch sein Wille, daß ihr Reich alle Länder Europas und Asiens umfasse, wie einst die Reiche des großen Isender und des großen Kassar (Kassar).“ Dies sagte der Mann mit Thränen in den Augen und eine wehmüthige Resignation stand auf seinem Gesichte geschrieben. „Besser ist es — fuhr er fort — ein großer christlicher Kaiser herrscht über die Moslems, als ein feiges Volk von Schwächeren und Krämeren, die ehelos ihren Freund zum Kriege ermuntern, indem sie ihm für den entscheidenden Augenblick Hülfe zusagen, in der Stunde der Gefahr aber, statt ihr gegebenes Wort einzuhalten, ihn dem Todfeinde preisgeben, als alihum (Schande über sie)! Aber Gott wird sie züchtigen. Sie, die sich mit ihrem Golde jede Gefahr ablaufen zu können wähnen, werden ihrem verdienten Schicksal nicht enttrinnen. Wir hielten sie einst für unsere Brüder und trauten ihren Worten, jetzt sehen wir, daß sie elende Lügner sind.“

Oesterreich.

Wien, 18. Febr. Der „Pol. Korresp.“ meldet man aus Bukarest von heute: Großfürst Nikolaus entsandte einen Flügeladjutanten des Fürsten Obolensky zu Carol, um ihnen die Friedenspräliminarien mitzutheilen und Verständigung wegen Durchführung verschiedener auf die Waf-

senstillstandsbedingungen bezüglicher Fragen herbeizuführen. Die rumänische Regierung bereitet ein Memorandum an die Mächte vor wegen Anerkennung der Unabhängigkeit Rumäniens. — Die „Pol. Korresp.“ meldet aus Athen vom 18. Februar: Die griechische Insurrektion gewinnt an Ausdehnung. In Epirus fanden blutige Gefechte statt. Endlich erfährt die „Pol. Korresp.“ aus Cattaro, daß der montenegrinische Senatspräsident Vojvo Petrovitch nach Wien durchreiste und gestern dort eingetroffen ist.

Wien, 19. Februar. Abgeordnetenhause. In Erwiderung auf die von Siebra über die orientalische Angelegenheit eingebrachte Interpellation gab der Ministerpräsident folgende Erklärung ab: Die Regelung sei von den Friedensbasen, auf Grund deren der Waffenstillstand zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossen worden sei, in Kenntnis gesetzt; dieselben entsprächen in Öanzen den aus Petersburgern Blättern darüber in die Öffentlichkeit gelangten Mittheilungen. Von der Existenz anderer Abmachungen habe die Regierung keine Kenntnis. Die Regierung habe die Initiative zur Einberufung einer europäischen Konferenz ergriffen. Sowohl der principieller Standpunkt der Regierung als ihr Antrag auf Abhaltung einer Konferenz wurde von sämmtlichen Cabineten angenommen, nur das russische Cabinet reate bezüglich der Form dem Gedanken an, nicht eine Konferenz, sondern einen Congress einzuberufen und drückte zugleich den Wunsch aus, daß letzterer nicht in der Hauptstadt irgend eines Signatarstaates abgehalten werde. Die Verhandlungen hierüber seien dem Abschlusse nahe, man glaube dem baldigen Zusammentritt des Congresses entgegenzusehen zu dürfen. Mit Rücksicht hierauf sei die Regierung nicht in der Lage, in eine detaillierte Darlegung ihres Standpunktes bezüglich der Friedensbasen einzugehen, sie könne jedoch nicht umhin, im Allgemeinen zu erklären, daß sie einige der Stpulationen, wie sie heute vorliegen, als den Interessen der Monarchie entsprechend nicht anzuerkennen vermög. Diese Reserve bezieht sich jedoch nicht auf jene Punkte, welche die Verbesserung der Lage der Christen im Orient bezwecken, sondern auf solche Bestimmungen, welche eine Verschlebung der Machtverhältnisse in Orient zu Ungunsten der Monarchie nach sich ziehen könnten. Die Regierung habe die zuversichtliche Hoffnung, es werde der europäischen Verhandlung gelingen, zu einer Verständigung zu führen. Da alle beteiligten Mächte wünschen müßten, daß aus der Krise kein momentaner, sondern ein dauernder Friede hervorgehe, so hofft die Regierung, daß die Beratungen der Mächte nicht zu einer einseitigen, sondern zu einer allseitig befriedigenden Lösung führen werden. Jedemfalls werde die Regierung gegenüber den ernstlichen Ereignissen, nach wie vor es als ihre Pflicht und ihre Aufgabe erkennen, die politischen und materiellen Interessen und das Ansehen der Monarchie nach jeder Richtung hin zur Geltung zu bringen.

Wien, 18. Febr. Die deutsche Regierung erklärte, eventuell mit Freuden die Vertreter der Mächte auf deutschem Boden zu begrüßen. Der Zusammentritt des Congresses ist für die erste Märzwoche projectirt und hängt vom Fortgang der Friedensverhandlungen in Adrianopel ab. Der Vorsitz auf dem Congresse fällt nach diplomatischem Brauch an den Fürsten Bismarck, aber, wenn er fernbleiben oder ablehnen sollte, an den ältesten Theilnehmer des Congresses. In zwei Hauptfragen, bezüglich der Donauschiffahrt und der Dardanellen, besteht volle Uebereinstimmung zwischen Deutschland und Oesterreich.

Italien.

Das Konklave ist Montag Abend 6 1/2 Uhr „geschlossen“ d. h. begonnen worden, nachdem sich die Karbinäle, die Ordensherren und der Gouverneur des Konklaves von dem Verschlusse aller Ausgänge überzeugt hatten. Es sind 61 Karbinäle anwesend; die Karbinäle Mac Clofey und Moraes Cardozo werden noch erwartet. Der Cardinal und Erzbischof von Rennes, Stofais, wird wegen Krankheit am Konklave nicht theilnehmen. Die Karbinäle werden sich täglich um 10 Uhr Vormittags in der Sixtinischen Kapelle zum Strutinium versammeln, Nachmittags 4 Uhr findet ein zweites Strutinium statt. Wenn es nach dem Willen einer beträchtlichen Anzahl von Theilnehmern am Konklave geht, so soll es binnen wenigen Tagen beendet sein. Nach Berichten, welche neuerdings noch eingelaufen sind, dürfte weder der Kandidat der Jesuiten, noch derjenige der Liberalen, sondern ein Anhänger des Status quo zum Papste gewählt werden. Dami würde die römische Meinung übereinstimmen, daß der neue Statthalter Christi sofort bei dem Antritte seines Amtes gegen den Verlust der weltlichen Herrschaft protestiren werde. Herr v. Reubell, der deutsche Botschafter in Rom, hält sich so geküßentlich von jedem Scheine einer Einmischung in die Wahlangelegenheiten fern, daß er zeitweilig sogar seinen Verkehr mit dem Cardinal Hofenlohe eingestellt hat. „Panfulla“, dem wir, wohl gemerkt, die Verantwortlichkeit für seine Mittheilungen überlassen müssen, schreibt, daß das beim Heiligen Stuhle beurlaubte diplomatische Korps durch die Ankunft einiger fremden Karbinäle, welche wegen ihres fanatischen Eifers bekannt sind, sich etwas beunruhigt fühle. Die Diplomaten hätten deshalb neuerdings dem Heiligen Kollegium zu wissen gethan, daß ihnen von ihren Regierungen präzise und übereinstimmende Instruktionen zugegangen seien, sich dahin zu verhalten, daß durch Ernennung eines Papstes, welcher vielleicht ein Werkzeuge der Gesellschaft Jesu wäre, nicht neue und noch größere Gegensätze geschaffen werden. Eine entgegengesetzte Haltung von Seite des Heiligen Kollegiums und die Ernennung eines intransigenten Papstes dürfte unausweichlich zu Komplikationen zwischen den katholischen Mächten und dem Heiligen Stuhle führen. Man hoffe jedoch auf die Klugheit der angesehensten Karbinäle.

Rom, 20. Februar. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Cardinal Pecci wurde zum Papste gewählt und bestieg unter dem Namen Leo XIII. den Papststuhl. (Cardinal Joachim Pecci, geboren den 2. März 1810 in Carpineto (Diözese Anagni, ernannt 19. December 1863), Erzbischof von Perugia, bekleidete erst seit kurzer Zeit den wichtigen Posten eines Kammerlengo (Kammerers) der Kirche und war als solcher während der Sedisvakanz die höchste Autorität derselben. Man nannte ihn bereits unter dem ersten Papstbenedikten. Nach einer kürzlich veröffentlichten Biographie des italienischen Deputirten und Publizist Ruggero Bonghi ist Pecci einer der auerlesensten Geister des Kardinal-Kollegiums, er soll von sehr gemäßigter Natur und zugleich an Gesundheit der rüstigste von allen Karbinälen sein. Er hat, so schreibt Bonghi, viel studirt und wohl regiert; er war ein ausgezeichnete Bischof. Das Ideal eines Cardinals hält er so hoch wie jeder Andere, und von Pecci kann man sagen, daß er es in sich selbst gefunden. Dessenungeachtet macht er sich von der gegenwärtigen Lage der Kirche und der bürgerlichen Gesellschaft kein freundlicheres und leichteres Bild, als irgend einer seiner Kollegen; er giebt nirgends zu erkennen, besser als diese zu begreifen, welche Stellung die Kirche den jetzigen Regierungen gegenüber einzunehmen habe, ohne diese unmöglich zu machen.

England.

London, 19. Februar. Das Cabinet tritt heute zusammen, um über eine gestern eingetroffene Depesche des russischen Reichsanzlers, Fürsten Gortschakow, zu discutiren. Dem „Standard“ zufolge würde in dieser Depesche für die Nichtbesetzung Gallipolis durch die Russen ein anderweites Zugeständniß von England verlangt. Die „Daily News“ glauben, daß der Charakter der neuesten Mittheilung Gortschakow's dazu angethan sei, die Friedenshoffnungen zu stärken.

London, 19. Febr. Die Times meldet in ihrer zweiten Ausgabe aus Pera vom 18. d.: Das britische Geschwader begab sich von Mubania nach Tuzla (einem 35km südbüchlich von Konstantinopel an der asiatischen Küste gelegenen Hafenplatz). Es wurden noch drei Panzerschiffe erwartet.

London, 19. Februar. In der heutigen Sitzung des Oberhauses erklärte der Staatssecretär des Aeußern, Earl Derby, auf eine Anfrage des Herzogs v. Argyll, betreffend die Unterhandlungen wegen Gallipoli, der Depeschenwechsel zwischen den beiden hierbei interessirten Regierungen dauere noch fort; er könne daher noch keine Mittheilung darüber machen, hoffe jedoch am Donnerstag das Haus von dem Ergebnisse jener Unterhandlungen in Kenntnis setzen zu können. — Der Sitzung wohnte der russische Botschafter, Graf Schwalow bei.

Im Unterhause erwiderte dem Parlamentemittliche Madama de Unterstaatssecretär des Aeußern, Bourke, der Oberbefehlshaber der russischen Truppen habe infolge von Vorstellungen des englischen Botschafters Lord Kostus eine Untersuchung über die den inzwischen freigelassenen, kriegsgefangenen englischen Kerzen zugesetzten Unkliden angeordnet und die Bestrafung der Schuldigen angefragt.

London, 20. Februar. Die „Morning Post“ will wissen, das Rußland Gallipoli besiegen wolle, falls England nicht die Besetzung der Forts im Bosporus durch die Russen gestatte oder das Versprechen gebe, daß die britische Flotte nicht in das schwarze Meer einlaufen werde.

Baker Pascha erklärt in einer an verschiedene Zeitungen gerichteten Zuschrift, daß er seine militärische Stellung in der türkischen Armee nicht aufgegeben habe, sondern nur auf Urlaub nach England gegangen sei.

London, 20. Febr. Die „Times“ charakterisiren die Rede Bismarcks von ihrem Standpunkte aus und meinen, Deutschland werde sich jedweder Einmischung möglichst enthalten, es sei stark genug zu einer Haltung, die, wenn sie auch nicht die Friedensausichten verstärke, doch auch nicht in entgegengesetzter Richtung wirke. Die „Times“ äußern sich besonders darüber befriedigt, daß Bismarck und Auerberg den Glauben ausdrückten, es werde kein Hinderniß gegen den Zusammentritt des Congresses hervortreten.

Rußland.

Petersburg, 19. Febr. Die „Agence generale Russe“ erklärt die Nachricht der „Daily News“, daß der direkte Frieden zwischen Rußland und der Pforte morgen unterzeichnet werden solle, für unbegründet und sagt hinzu, die Türken seien im Gegentheil viel stürziger geworden. Der Rückzug der englischen Flotte nach der Mubaniabai habe die Wichtigkeit der gegen den Willen der Pforte erfolgten Durchfahrt durch die Dardanellen nicht vermindert; derselbe beweise, daß für die englischen Staatsangehörigen in der Türkei keinerlei Gefahr bestanden habe und daß die Einfahrt demnach ganz unmaß gewesen sei. Da dieselbe aber einmal zu einer vollendeten Thatfache geworden, so liege darin auch für die russischen Truppen eine Nöthigung, gewisse näher an Konstantinopel gelegene Punkte zu besetzen, um auf jede Eventualität vorbereitet zu sein, durch welche die christliche Bevölkerung bedroht sein könnte. Die Lösung der Frage würde in dem Zurückgehen der englischen Flotte nach der Beskabai liegen; alsdann würden die Russen in die Demarkationslinie zurückgehen.

Wenn man von der Stimmung und den Verhältnissen in Odeffa einen allgemeinen Schluß machen darf, so muß in der russischen Handelswelt das Vertrauen auf die friedliche Entwicklung der Dinge noch keine unerschütterbare Wurzel gefaßt haben. Die Waffenruhe ist da, Konferenz oder Congress in Aussicht; dennoch fühlt man sich nicht von der Furcht befreit, daß neue Gefahren dem endgültigen Frieden drohen. In Odeffa sind es — wie ein am 12. d. ge-

Schlebever... zumeist auf... Die in Aus... Odeffaer... der Gef... selbst erklä... deutend ver... rung von... ist denn auc... mit Beschl... werden in... weniger als... von 70000... dem erst li... lungen, ein... und angebl... abzutretend... Dieser neu... gabe im E... unglünstigen... Rahmen de... des Vice... irgendwie... Barken mi... sehen und... werden. I... begonnen u... „Gesellscha... Meere“ ge... gerücht, u... ist derselbe... schon wied... nehmen. I... bestimmt s... Eifenbahnl... wird mit r... Dieser Vor... und dürfte... Regierung... hung wicht... zuerst erw... über diese... Einberufung... militärische... dieser Pfl... erzeugen m... De e... burger „M... Borfall, der... konnte, als... daher den... auf Mitthe... Einzelheiten... Gerichtsper... Handduri... sozialistische... in welches... vom Portie... junge Leute... einer von... Papiere o... Gegenstände... zog er ein... den Frage... sämmtliche... schende Du... (in deren... den) in ein... die Polizei... zu gießen, ... wurde, da... pagnie Sol... ruanter 2... frei von jed... bereits beim... Akt, ausgefi... führung aus... R o n s... außerordentl... 12 De... verlassen. Die en... Kagolke (wi... Die W... Legen von... innerhalb d... trübe in T... Die R... garion verla... Ortschaft... drungen. Sächst... Dre... Tret zugegan... Die Finanz... gebungsdepu... derenberufu... genehmigte... 60,000,000... neue Eicon... die directen